

Dienstag, 9. Dezember 1975

Blatt 3081

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wiener Gemeinderat
(rosa)

Kultur: Erstmals Silvester- und Neujahrskonzert der
(gelb) Symphoniker
Auszeichnungen für Raimundtheater-Direktoren

Sport: Athletik-Center: Immer mehr betreiben Gesund-
(grün) heitssport

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. von 10 bis 17 Uhr,
So. 14 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k u l t u r :

=====

erstmals silvester- und neujahrskonzert der symphoniker

1 wien, 9.12. (rk) erstmals werden heuer am 31. dezember beziehungsweise am 1. jaenner 1976 die wiener symphoniker im konzert- haus zwei spezialkonzerte geben. auf dem programm beider veranstaltungen steht die 9. symphonie von ludwig van beethoven. dirigiert werden die symphoniker von erich leinsdorf. solisten sind sona ghazarian (sopran), anna reynolds (alt), werner hollweg (tenor) und sigmund nimsgern (bass) . den chorpart bestreitet die wiener singakademie. (may)

0930

geehrte redaktion

=====

2 wien, 9.12. (rk) aus termingruenden musste die preisverteilung des zweiten wiener schultheater-festivals verschoben werden. sie wird nun am mittwoch, dem 17. dezember, um 16 uhr, im festsaal des wiener rathauses von vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r vorgenommen werden. bekanntlich erhalten alle am schultheater-festival 1975 teilnehmenden gruppen einen geldpreis in der hoehe von 2.000 schilling. die drei besten gruppen werden ausserdem mit einem vom kulturamt der stadt wien gestifteten pokal ausgezeichnet. (may)

bitte merken sie vor:

zeit: mittwoch, 17. dezember, 16 uhr.

ort: rathaus, festsaal.

0932

s p o r t :

=====

athletik-center:

immer mehr betreiben gesundheitssport

3 wien, 9.12. (rk) die im athletik-center im 4. bezirk, am mittersteig, im september begonnenen konditionskurse fuer gesundheitssportler erfreuen sich immer groesserer beliebttheit. die zahl jener, die um fit zu bleiben gymnastik betreiben, steigt staendig. so wurde die sportstaette seit saisonbeginn im september bis einschliesslich november bereits von rund 15.000 gesundheitssportlern aller altersstufen frequentiert, die die von erfahrenen sportlehrern geleiteten konditions- und gymnastikkurse besuchen. zum vergleich dazu: im vorjahr waren es im gleichen zeitraum ueber 7.000 personen, die nach dem motto "trimm dich fit" einen der konditionskurse frequentierten.

kurse finden jeweils montag bis freitag von 7 bis 16 uhr und sonntag von 7 bis 14 uhr statt. darueber hinaus besteht aber auch die moeglichkeit, donnerstag am abend in der zeit von 20 bis 22 uhr kondition zu tanken. moderne sportgeraete und eine sauna bieten optimale voraussetzungen fuer eine sportliche taetigkeit und koerperliche gesunderhaltung.

an speziellen kursen bietet das athletik-center kinderturnen und mutter-kind-turnen, jeden montag von 14 bis 16 uhr, sowie spezielle gymnastikkurse fuer senioren jeden dienstag und donnerstag von 9 bis 12 uhr. neu in das kursprogramm aufgenommen wurde vor kurzem eine aktion, bei der 100-kilo-frauen und -maenner gesucht werden, die ihr uebergewicht im rahmen eines genau dosierten gymnastikprogrammes verlieren wollen. (z1)

0934

k u l t u r :

=====

auszeichnungen fuer raimundtheater-direktoren

5 wien, 9.12. (rk) zu einem ueberdimensionalen familienfest gestaltete sich die feier aus anlass des 75. geburtstages des direktors des raimundtheaters, rudolf m a r i k . der feier, die im ballsaal des hotel hilton stattfand, wohnten der zweite praesident des nationalrates, otto p r o b s t , zahlreiche theaterdirektoren und kuenstler sowie das gesamte ensemble des raimundtheaters bei. vizebuergemeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r ueberreichte dem jubilar das ihm verliehene goldene ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien. sie wuerdigte mariks arbeit, der nunmehr seit 30 jahren in wien als theaterdirektor taetig ist. der verwaltungsdirektor des raimundtheaters, kommerzialrat hans b u n z e l , der seit 22 jahren im raimundtheater taetig ist, erhielt das silberne ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien.

in seinen dankesworten verwies direkter marik darauf, dass das raimundtheater nicht mehr bestuende, haette sich wiens kulturstadtraetin in der krisensituation 1966, als das gebaeude einem hotel- und garagenbau haette weichen sollen, nicht so aktiv eingeschaltet und den weiterbestand des theaters gesichert. (ab)

Kommunal:

Wiener Gemeinderat:
Budget 1976 voll im Dienst der Arbeitsplatzsicherung
=====

Wien, 9.12. (RK) Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz trat Dienstag vormittag der Wiener Gemeinderat zur Beratung des Voranschlagsentwurfes der Bundeshauptstadt Wien für 1976 zusammen. Gleichzeitig liegen dem Wiener Gemeinderat die Überprüfung von Gebühren und Tarifen sowie der Finanz- und Investitionsplan bis zum Jahr 1980 vor.

Über alle drei Geschäftsstücke referierte Finanzstadtrat Hans Mayr (SPÖ).

Das Budget 1976 sieht Ausgaben von 38,165 Milliarden und Einnahmen von 36,162 Milliarden vor. Die Ausgaben werden mit 8,1 Prozent stärker steigen als die Einnahmen mit 2,6 Prozent. Das Defizit von rund 2,003 Milliarden wurde bewußt in Kauf genommen, um der Wiener Wirtschaft und darüber hinaus der österreichischen Wirtschaft die notwendigen Impulse geben zu können, erklärte der Stadtrat.

Es ist ein Verdienst der Bundesregierung und der Wiener Stadtverwaltung, daß die internationale Rezession auf Österreich und auf Wien nur abgeschwächt übergegriffen hat. Erstmals, so Mayr, ist international nicht nur eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu beobachten, sondern ein realer Rückgang. Die Rückwirkungen auf die Österreichische Wirtschaft ließen sich nicht vermeiden. So wird für 1975 in Österreich ein Rückgang des Wirtschaftswachstums von zwei bis drei Prozent erwartet. Dieser Wert ist aber international gesehen gering und Wien schneidet im österreichischen Vergleich noch günstiger ab. Nimmt man die Zahl der unselbständig Beschäftigten als Indikator für die Wirtschaftsentwicklung, so gab es im Oktober 1975 in Wien mit 789.338 unselbständig Beschäftigten um 135 Beschäftigte mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Wenn diese Erhöhung auch nur geringfügig ist, müßte man bedenken, daß man bereits 1974 von einer Überbeschäftigung gesprochen hat. Allerdings gab es im Oktober 1975 erstmals in Wien mehr gemeldete Arbeitslose als gemeldete offene Stellen, und zwar betrug das Verhältnis 0,68 (im österreichischen Durchschnitt 0,42.). Die relativ günstige Situation auf dem Wiener

Arbeitsmarkt belegt auch die Tatsache, daß die Zahl der Gastarbeiter in Wien mit 9,6 Prozent weniger stark zurückging als in den übrigen Bundesländern.

Natürlich, so Stadtrat Mayr, ist für diese günstige Situation auch die Struktur der Wiener Wirtschaft mit ihrem hohen Dienstleistungsanteil verantwortlich. Jedoch kann das günstige Ergebnis nur durch das Zusammenwirken beider Faktoren - gute Wirtschaftspolitik und Struktur - erklärt werden.

Dem Budget 1976 liegen zwei Annahmen zu Grunde. Ein reales Wirtschaftswachstum von ein bis zwei Prozent und ein geringfügiges Sinken der Inflationsrate. Diese Prognose entspricht den Schätzungen der maßgeblichen Institute. Das Budget 1976 enthält kein Konjunkturausgleichsbudget. Es sollte von vornherein kein Zweifel entstehen, daß dieses Budget auch tatsächlich vollzogen wird, erklärte der Stadtrat. Die Wirtschaft, vor allem die Bauwirtschaft, weiß daher von vornherein, daß die im Budget angegebenen Zahlen tatsächlich vollzogen werden.

Der Abgang von rund zwei Milliarden ist in der gegenwärtigen Situation eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Er stellt eine gute Lösung zwischen notwendiger Ausgabenpolitik und möglicher Finanzierbarkeit dar. In den Finanznachrichten vom 26. September ist ein Artikel erschienen, der sich mit den Auswirkungen des Defizits des Bundeshaushaltes vor allem auf dem Arbeitsmarkt beschäftigt. Hier wird festgestellt, daß die Defizite der Jahre 1975 und 1976 für Gesamtösterreich 60.000 Menschen zusätzlich Beschäftigung schaffen. Eine nach den gleichen Berechnungsmodalitäten angestellte Überlegung ergab, daß das Budget der Stadt Wien zusätzlich für 14.000 Beschäftigte Arbeitsmöglichkeiten schafft. Würden der Bund und die Stadt Wien im jetzigen Zeitpunkt ausgeglichen budgetieren, gingen allein im Wiener Raum rund 34.000 Arbeitsplätze verloren, stellte Mayr fest.

Finanz- und Investitionsplan

Stadtrat Mayr legte dem Gemeinderat auch den Finanz- und Investitionsplan 1976 bis 1980 vor. Dieser Plan baut auf den Zahlen des Budgets 1976 auf. Ab 1977 ist er eine Prognose, die dem Gemeinderat einen

finanziellen Spielraum für die nächsten fünf Jahre verdeutlichen soll. Der Plan sieht ein jährliches reales Wachstum von zwei Prozent und eine jährliche Inflationsrate von zwei Prozent vor. Die Einnahmen steigen von 32,3 Milliarden im Jahr 1976 auf 46,2 Milliarden im Jahr 1980. In diesen Einnahmen ist bereits ab 1977 eine jährliche Fremdmittelaufnahme für Investitionen von 1,4 Milliarden enthalten. Die Ausgaben ohne Investitionen sind mit 25,7 Milliarden im Jahr 1976 und mit 40,3 Milliarden Schilling im Jahr 1980 angesetzt. Es verbleibt somit ein Investitionsrahmen, der im Jahr 1976 6,6 Milliarden und im Jahr 1980 5,9 Milliarden betragen wird. Der jährliche unbedeckte Abgang ist mit rund zwei Milliarden angegeben. Die im Finanzplan ausgewiesene Finanzierungslücke ist entweder durch Mehreinnahmen oder durch Minderausgaben bedeckt. Der Gemeinderat wird in den nächsten Jahren politisch zu entscheiden haben, welche Wege beschritten werden müssen.

Zwei Probleme stellen jedoch in den nächsten Jahren alle weiteren in den Schatten: Der öffentliche Nahverkehr und die Krankenanstalten. Für den öffentlichen Nahverkehr muß auf politischer Ebene eine Lösung gefunden werden, die eine perzentuelle Beteiligung des Bundes am Bau der Wiener U-Bahn vorsieht. Darüber hinaus müssen sich Einrichtungen des Bundes auch für die Bewältigung des öffentlichen Nahverkehrs in Ballungszentren verantwortlich fühlen, wie auch der Nahverkehr außerhalb der Ballungszentren von Einrichtungen des Bundes getragen wird. Die Finanzierung der Krankenanstalten, die allein in Wien ein Defizit von 3,6 Milliarden haben werden, müßte dringend bundeseinheitlich erfolgen.

Jedoch könnten Lösungen für all diese Probleme nicht durch eine Umverteilung der Mittel zwischen den Gebietskörperschaften erreicht werden, erklärte Stadtrat Mayr. Es ist notwendig, sich neue Einnahmequellen zu schaffen.

Stadtrat Mayr referierte schließlich über den Gebührenspiegel. Dieser ist wie immer in zwei Teile gegliedert: Der erste Teil sieht kostendeckende Tarife vor, im zweiten Teil sind Tarife enthalten, bei denen aus sozialen oder kulturellen Gründen auf eine Kostendeckung verzichtet wird. Die Tariferhöhungen der Stadt Wien für das nächste Jahr stellen aber auch eine konjunkturpolitische Maßnahme dar, erklärte der Stadtrat.

Jeder Schilling in privater Hand sei mit einer Sparquote von 20 Prozent belastet. Wird dieser Schilling aber der öffentlichen Hand zugeführt, wird er zur Gänze in Investitionen umgesetzt. Berücksichtigt man noch die Multiplikatorwirkung der öffentlichen Investitionen, so bedeutet ein Schilling öffentlicher Ausgabe etwa 1,3 Schilling beschaffungswirksame Nachfrage. Daher ist es nicht nur vom Kostendeckungsprinzip, sondern auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus vertretbar, das Defizit zum Teil durch Gebührenerhöhungen abzudecken.

Abschließend referierte der Stadtrat zwei Minderheitsanträge der ÖVP zum Budget 1976. Die ÖVP schlägt ein zusätzliches außerordentliches Budget in der Höhe von 600 Millionen vor. Im einzelnen soll für den Ausbau der Vorortelinie und der S-Bahn und für den beschleunigten Ausbau der U-3 ein Betrag von 500 Millionen ausgegeben werden. Weiter sollen 70 Millionen Schilling für Betriebsbaugebiete und für die Schaffung von Gewerbehöfen ausgegeben werden. Mit den restlichen 30 Millionen soll eine eigene Kreditaktion zur Förderung der Arbeitsplatzsicherung geschaffen werden. Diese notwendigen Ausgaben sind nach Vorstellung der ÖVP durch Kreditaufnahmen beziehungsweise aus der Allgemeinen Rücklage zu bedecken. Stadtrat Mayr bekannte sich voll zur Arbeitsplatzsicherung. Die Frage, ein wie hohes Budget man in Anspruch nehmen kann, um die Arbeitsplatzsicherung zu gewährleisten, erinnere ihn aber an ein Wort, das dem Arzt Paracelsus zugesprochen wird: Nichts ist Gift und alles ist Gift, auf die Dosis kommt es an. Eine Finanzierung der S-Bahn ist aus taktischen Gründen abzulehnen. Diese Frage sollte nicht vor einen Abschluß der Verhandlungen über die Finanzierung der U-Bahn vorgezogen werden. Die Ausgaben für Betriebsbaugebiete seien nach Mayr ausreichend. Eine Forderung nach einer neuen Kreditaktion ist in dieser allgemeinen Formulierung zu wenig, erklärte Mayr. Man müßte konkret sagen, welche Kreditaktion zu der gewiß großen Palette bestehender Aktionen dazukommen sollte. Mayr empfahl die Ablehnung dieses Minderheitsantrages. Ebenfalls ablehnend verhielt sich Mayr zum zweiten Antrag, der nur ein Vorschlagsrecht der Finanzverwaltung bei der Kürzung der Ermessenskredite vorsieht. Entscheiden sollte nach Vorstellung der ÖVP der zuständige Gemeinderatsausschuß. (sei)

FPÖ: Nein zum Budget

Als erster Debattenredner bezeichnete es GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) als zweifelhaft, ob das vorliegende antizyklische Budget die erstrebte belebende Wirkung für die Wirtschaft haben werde. Bemerkenswert sei, daß der Anteil der Investitionen von 29 Prozent im Jahr 1975 auf 26,3 Prozent zurückgeschraubt wurde. In fünf Jahren werden gar nur mehr 15 Prozent der Budgetausgaben für Investitionen zur Verfügung stehen.

Anstelle der geplanten Aufnahme von Fremdmitteln empfahl Dr. Hirnschall Budgetumschichtungen. Beispielsweise könnten 70 Millionen von dem für Grundstückskäufe vorgesehenen Betrag gekürzt werden, da die Gemeinde Wien über genügend Grundstücksreserven verfüge. Auch von dem für unvorhergesehene Ausgaben eingesetzten Betrag von 470 Millionen Schilling könnten Abstriche gemacht werden.

Für den Bau der U-Bahn sind im kommenden Jahr 2,7 Milliarden Schilling vorgesehen, wovon 2,5 Milliarden von der Stadt Wien aufgebracht werden müssen. Die geringe finanzielle Beteiligung des Bundes unterstreiche die Dringlichkeit, mit dem Finanzminister zu neuen, günstigeren Vereinbarungen zu kommen. Vor allem der Bau der U 3 hänge noch völlig in der Luft.

Bezüglich des Ausbaus der S-Bahn sei eine Drittelbeteiligung der Länder anzustreben. Als erste Rate seien 150 Millionen im Wiener Budget vorzusehen, namens seiner Partei übergab GR. Dr. Hirnschall einen diesbezüglichen Antrag.

Da der Budgetentwurf nicht den wichtigsten Bedürfnissen Rechnung trage, werde ihm die FPÖ nicht zustimmen, desgleichen auch nicht dem Gebührenspiegel. (we)

ÖVP: Nein zum Budget

GR. Hahn (ÖVP) führte aus, daß der Budgetentwurf 1976 stärker als je zuvor die Abhängigkeit des Wiener Budgets vom Budget des Bundes und von der allgemeinen Wirtschaftslage zeige. Die Annahme, daß das Wirtschaftswachstum um ein bis zwei Prozent steigen werde, sei ebenso optimistisch, wie die Annahme, daß die Teuerungsrate ge-

ringförmig sinken werde. Erstmals sei ein Sinken der Ertragsanteile an den gemeinsamen Bundesabgaben zu verzeichnen. Dies allein zeige deutlich die Krisensituation auf, welche die SPÖ vor dem 5. Oktober nicht habe anerkennen wollen. Heuer würde aus dem Finanzausgleich um eine Milliarde weniger eingenommen als im Budget 1975 vorgesehen. Dies zeige, daß die wirtschaftliche Situation auch in Wien immer schlechter werde. Die ÖVP kritisiere daher nicht die Höhe des im Budget 1976 veranschlagten Defizits, wohl aber die Tatsache, daß die öffentliche Hand trotz dieses Defizits nicht in der Lage sei, durch ein breites Auftragspektrum die Arbeitsplätze in allen Bereichen zuzusichern.

Hahn unterzog die Finanzpolitik der Bundesregierung einer scharfen Kritik. Die Einnahmen Wiens aus dem Finanzausgleich, die unter der ÖVP-Alleinregierung über 40 Prozent des Gesamtbudgets ausgemacht hätten, seien auf 35,3 Prozent gesunken. Während aus dem Finanzausgleich Wien also immer geringere Mittel zufließen, suche der Wiener Finanzstadtrat den Ausweg in ständigen Gebühren- und Tarifierhöhungen, welche in ihrem Ausmaß weit überhöht seien. Hahn kritisierte besonders, daß im Finanz- und Investitionsplan bereits erhöhte Gebühren in Ansatz gebracht worden seien, die vom Gemeinderat noch nicht einmal beschlossen worden sind. Dies komme einer Mißachtung des Gemeinderates gleich. Auch im Budget 1976 seien manche geplante Erhöhungen noch nicht enthalten, die Einnahmenseite des Voranschlages gebe daher ein falsches Bild wieder.

Ein weiterer Grund, warum die ÖVP den Voranschlag ablehnen werde, sei darin zu suchen, daß die Finanzpolitik des Bundes den österreichischen Kapitalmarkt ohne Rücksicht auf die Länder, also auch ohne Rücksicht auf Wien, ausräume, so daß für die Länder nichts übrig bleibe.

Hahn stellte fest, daß sich die Belastung der Wiener Stadtwerke aus Verzinsungen der Anleihen innerhalb von drei Jahren um 90 Prozent erhöht habe. Die Stadtwerke müßten der Hoheitsverwaltung bereits mehr zurückzahlen, als sie aus neuen Anleihen erhalten. Hahn kritisierte die Weigerung der Stadt Wien, als Eigentümerin der Stadtwerke, deren Eigenkapital entweder aufzustocken oder zumindest den Zinsendienst zu übernehmen. An der trostlosen Situation der Stadtwerke sei daher allein die Wiener SPÖ schuld.

An der Investitionsseite des Budgetvoranschlags kritisierte Hahn den prozentuell zu geringen Anteil der U-Bahn-Investitionen. Im Sinken des Anteiles für das Donauhochwasserschutzprojekt sah Hahn ein Zeichen dafür, daß auch die SPÖ zugebe, es gebe wichtigeres als die Schaffung der Donauinsel. Das ursprüngliche Projekt des Bundesstrombauamtes hätte der Stadt Wien dagegen rasch einen absoluten Hochwasserschutz gebracht. Das Sinken der prozentuellen Anteile der Ausgaben für Bäder und Kanalisation wurde von Hahn ebenfalls kritisiert. Hahn stellte den Antrag, die Vorortelinie für den Personenverkehr zu adaptieren und an das bestehende S-Bahn-Netz anzubinden. Über diese Frage sowie über die von der ÖVP schon 1963 angeregte Möglichkeit der Überbauung von Bahnanlagen im Stadtgebiet sollte eine Enquete abgehalten werden.

Die sinkenden Bundeszahlungen auf dem Gebiet der Spitalerhaltung bezeichnete Hahn als Anschlag des Bundes auf die spitalerhaltenden Gemeinden. Sie seien ein Musterbeispiel für die Verantwortungslosigkeit sozialistischer Politik auf dem Gebiet des Gesundheitswesens.

Auf dem Wohnbausektor unterstrich Hahn, daß hier immer wieder gemeinsame Lösungen mit der SPÖ gefunden worden seien, kritisierte aber die Ablehnung des ÖVP-Antrages, als Wohnstarthilfe eine Zinsensstützung für Grundanteilsvorfinanzierungen zu gewähren. Der Erwerb von Eigentumswohnungen sollte nämlich erleichtert werden. Das Wohnungsverbesserungsgesetz sei allein von der ÖVP durchgesetzt worden. Im übrigen sei es aber falsch, daß die derzeitigen Leistungen auf dem Wohnungssektor (Neubauten und Wohnungsverbesserungen) qualitativ den Wohnbauleistungen unter der ÖVP-Alleinregierung gleichkommen.

Hahn resumierte, daß die Wiener SPÖ gegenüber der SPÖ-Bundesregierung in finanziellen Fragen keinerlei Durchsetzungsvermögen bewiesen habe.

Abschließend richtete Hahn einen Angriff gegen den Arbeitsstil von Bürgermeister Leopold Gratz, der sich den Sachproblemen nicht stelle, dafür aber ständig wohlklingende, jedoch undurchführbare "Denkanstöße" liefere.

Die ÖVP werde den Budgetvoranschlag 1976 ablehnen. (gen)

SPÖ: Milliarden für andere Bundesländer

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien dient dem Ziel der Sicherung der Arbeitsplätze und der Erhaltung eines möglichst hohen Beschäftigtenstandes, erklärte GR. Mayrhofer (SPÖ). Er ist weder

ein Not- noch ein Sparbudget und nimmt bewußt ein nicht unbeträchtliches Defizit in Kauf - in der Annahme, daß im kommenden Jahr wieder mit einem leichten Wirtschaftswachstum zu rechnen ist. Obwohl der österreichische Markt auf das engste mit der internationalen Wirtschaft verbunden ist, kam die rückläufige Entwicklung Dank geeigneter Maßnahmen der Bundesregierung auch in Wien nur in abgeschwächter Form zum Ausdruck. Das Investitionsprogramm der Bundesregierung und das Konjunkturausgleichsbudget Wiens haben in wichtigen Bereichen - etwa in der Bauwirtschaft - Impulse gesetzt. Nach dem jüngsten Konjunkturbericht war die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Wien im September 1975 mit 787.816 sogar geringfügig höher als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Wien übt auch nachweislich eine starke wirtschaftliche Ausstrahlung auf andere Bundesländer - besonders auf Niederösterreich und das Burgenland - aus. Wien wird aber seine Aufgaben im Interesse der Gesamtwirtschaft Österreichs nur erfüllen können, wenn die Stadt jene Einnahmen erhält, die sie braucht. Eine der Haupteinnahmesäulen sind die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Die Berechnung dieser Ertragsanteile nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel ergab früher ein Verhältnis von 1 zu 4,67 zugunsten der größeren Gemeinden. Dieses Verhältnis änderte sich später auf 1 zu 3,5. Das derzeitige Verhältnis von 1 zu 2 komme einer Hilfe der finanzstarken an die finanzschwachen Gemeinden gleich. Eine von kleineren Gemeinden immer wieder zur Diskussion gestellte Änderung dieses Schlüssels kann nicht als zielführend betrachtet werden. Vielmehr soll man überlegen, wie kleineren Gemeinden bei eventuellem Spitzenbedarf, etwa bei Wasserversorgungseinrichtungen oder auf dem Schulsektor, geholfen werden kann. Wien gibt schon seit Jahren im Wege des Finanzausgleichs Milliardenbeträge an Steuern an andere Bundesländer ab. Im Jahr 1973 zum Beispiel hat Wien von 12.553 Millionen S Aufbringung 4.901 Millionen an andere Bundesländer abgegeben. Der Hauptnutznießer war Niederösterreich, das ein Mehr von 2.517 Millionen erhielt - fast soviel als er selbst an Steuern aufbrachte.

GR. Mayrhofer beschäftigte sich dann mit den Schwerpunkten des Voranschlags. Für den U-Bahn-Bau werden 2.210 Millionen veranschlagt, dazu kommen noch 567 Millionen für U-Bahn-Wagen, zusammen also 2.778 Millionen.

Das bedeutet absolut gegenüber 1974 eine Steigerung um 555 Millionen Schilling und eine auch perzentuell höhere Steigerungsrate. Von wackelnden Arbeitsplätzen oder Baubremse beim U-Bahn-Bau ist also keine Rede. Die U-Bahn wird in spätestens zweieinhalb Jahren den Betrieb auf der U 1 zwischen Favoriten und dem Karlsplatz und auf der U 4 zwischen Heiligenstadt und dem Karlsplatz aufnehmen. Selbstverständlich treten die Sozialisten für eine Erhöhung des Bundeszuschusses für die U-Bahn ein. Diese Forderung ist im zweiten Wiener Memorandum enthalten. Die ÖVP hat hingegen 1968 im Bundesrat den Beschluß über den Bundeszuschuß verhindert und 1970 die Einführung der Dienstgeberabgabe beim Verfassungsgericht anfechten lassen. In der Behandlung unserer Stadt durch den Bund ist der 1. März 1970 ein entscheidender Wendepunkt gewesen. Entgegen einer systematischen Benachteiligung durch die ÖVP-Alleinregierung und die ÖVP-Minister der Koalitionsregierungen, findet Wien bei der sozialistischen Bundesregierung ein hohes Maß an Verständnis. Bei dieser Gelegenheit muß aber auch gesagt werden, daß eine geplante Vorgangsweise der ÖBB im Bereich Wiens als problematisch bezeichnet werden muß. Es ist zu hoffen, daß sich die Unternehmensleitung besinnt, um geeignete Maßnahmen für den Nahverkehr zu treffen. Auch die Ver- beziehungsweise Überbauung von Gleis- und Bahn- hofsanlagen sind fragwürdig, wenn nicht in solchen Fragen mit der Stadt Wien Kontakt aufgenommen wird.

Ein weiterer Budgetschwerpunkt sind die Spitäler. Der Abgang mit 3.612 Millionen ist eine gewaltige Belastung. Das Defizit liegt weit über dem Durchschnitt der Belastungen anderer Bundesländer. 19,2 Prozent der Patienten in den Wiener Krankenanstalten - im Allgemeinen Krankenhaus sogar 34,4 Prozent - kommen aus anderen Bundesländern. Hier handelt es sich um ein echtes Problem der menschlichen Gesellschaft: Es ist selbstverständlich, daß die Wiener Spitäler Patienten aus anderen Bundesländern Hilfe leisten. Die finanzielle Belastung die dadurch entsteht, darf aber nicht übersehen werden. In diesem Sinn sollte der Vorschlag von Finanzstadtrat Mayr zur Schaffung eines bundesweiten Fonds für die Krankenanstaltenfinanzierung ernsthaft geprüft werden.

Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses werden neben je 300 Millionen Wiener- und Bundesmitteln auch Fremdmittel zur Baubeschleunigung herangezogen werden, so daß dieser größte Hochbau Österreichs 1984-85 fertiggestellt sein kann. Mit einem 35prozentigen Beitrag der Stadt Wien zur UNO-City wird die planmäßige Fertigstellung gesichert.

Der für Investitionen bereitgestellte Betrag von mehr als 8.600 Millionen S ist gegenüber 1974 annähernd gleichgeblieben. Allerdings werden für das Bau- und das Baunebengewerbe fast 10 Milliarden aufgewendet. Der große Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung wird noch durch den erhöhten Sachaufwand wesentlich verstärkt. Die Erhöhung des Erhaltungsaufwandes sichert vielfach die Existenz zahlreicher Klein- und Mittelbetriebe. Eine große Palette von Kreditaktionen - wie sonst nirgends in Österreich - hilft mit, auch in anderen Wirtschaftsstrukturen eine Belebung zu verzeichnen.

GR. Mayrhofer beschäftigte sich dann mit den Vorarbeiten zur Änderung der Wiener Verfassung, wie sie vom Bürgermeister in seiner Antrittsrede im Interesse einer verstärkten Mitbestimmung der Bevölkerung vorgeschlagen worden war. Während die Gespräche mit der FPÖ zu bestimmten Ergebnissen geführt haben, sollen jene mit der ÖVP zu Beginn nächsten Jahres auf einer höheren Ebene zu einem baldigen Abschluß gebracht werden. Zu der nicht populären Aufgabe, finanzielle Belastungen der Bevölkerung zu beschließen, erklärte der Redner, daß man im Interesse der Investitionen und daher der Arbeitsplatzsicherung nicht darauf verzichten könne. Das wird von der Bevölkerung auch verstanden.

Die sozialistische Fraktion hat das stärkste Interesse an einer Klärung der schwerwiegenden Mißerfolge des Baurings. Die Staatsanwaltschaft hat gegen ehemalige Manager des Baurings Anklage erhoben. In dieses schwebende Verfahren einzugreifen, ist nicht zweckmäßig. Mit Entschiedenheit verwahrt sich aber die sozialistische Fraktion gegen diffamierende und ehrenrührige Angriffe gegen sozialistische Mitglieder dieses Hauses.

Auf die Wahlen vom 5. Oktober 1975 eingehend, erklärte GR. Mayrhofer, daß die ÖVP zum Kampf um Wien angetreten ist. Interessanterweise ist man vom Slogan "Diese Stadt ist krank" abgegangen. Die Folgen der einstigen Propaganda waren ja 66 Mandate für die SPÖ. Das neue Schlagwort "Wir arbeiten für unser Wien" hat ebenfalls nichts

genützt und den Sozialisten fast 60 Prozent der Stimmen gebracht. Abschließend verwies der Redner auf die großen Probleme der Bodenbeschaffung, des Wohnbaues für den 1.830 Millionen S aufgewendet werden, auf die Assanierung und den Hochwasserschutz. Er verwies aber auch auf die großen Leistungen auf dem Schulsektor, für den drei Milliarden veranschlagt sind, an die Beträge, die für den Umweltschutz und für den Bau neuer Freizeiteinrichtungen für die Wiener - etwa zwei neue Bäder in Hietzing und Atzgersdorf - vorgesehen sind. Nicht zuletzt stehen für den Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost fast 100 Millionen zur Verfügung. (smo)

Kein antizyklisches Budget

Das Budget 1976 enthalte zu wenig nachfragewirksame Maßnahmen, kritisierte GR. Dr. Wöber (ÖVP). Mit diesem Budget sei der Versuch gescheitert, die kommunalpolitischen Zielsetzungen, wie sie etwa in der Einleitung des Finanz- und Investitionsplanes dargestellt werden, zu verwirklichen. Weiter scheiterte der Versuch, ein antizyklisches Budget zu erstellen. Denn die Investitionen gehen real um 10 Prozent zurück, erklärte Wöber. Noch düsterer ist die Entwicklung im Finanz- und Investitionsplan dargestellt: Für 1980 sind als Investitionsrahmen nur 5,9 Milliarden vorgesehen. Dabei müßte gerade in der jetzigen wirtschaftlichen Situation mehr investiert werden. Wöber forderte nochmals, für 1976 ein Konjunkturausgleichsbudget vorzusehen. Die Höhe der Ausgaben dürfte sich nicht primär danach richten, was finanzierbar ist, sondern was für die Wirtschaft notwendig ist, erklärte Wöber. (Sei)

Wiens Vorsprung sichern

GR. Rautner (SPÖ) bezeichnete es als unverständlich, daß das Budget von den Oppositionsparteien abgelehnt werde. Ohne Zweifel sind dessen Aktivitäten von der Bevölkerung erwünscht, weil sie konjunkturbelebend wirken und Arbeitsplätze sichern.

Naturgemäß müssen die Schwerpunkte im Baugeschehen liegen. War es nach Ende des Zweiten Weltkriegs notwendig, im Zuge des Wiederaufbaus rasch Wohnungen zu schaffen, müsse heute daran gedacht werden, die Stadt auszubauen und den Vorsprung, den Wien national und international besitzt, nicht nur zu sichern, sondern zu vergrößern.

Der Debattenredner charakterisierte anschließend die einzelnen Wiener Bauvorhaben nach Umfang und Wertigkeit. Die wirtschaftspolitische Bedeutung der Wiener Bautätigkeit für ganz Österreich werde durch folgende Zahlen illustriert: Auf den Baustellen im Bereich der Bundeshauptstadt arbeiten nicht nur 20,3 % Wiener, sondern 21,5 % Bauarbeiter aus Niederösterreich, 21,9 aus dem Burgenland, 2,4 Prozent aus Oberösterreich, 7,4 Prozent aus der Steiermark, 2,3 Prozent aus Kärnten, 0,9 Prozent aus Vorarlberg und 0,8 Prozent aus Tirol, dazu kommen 17,5 Prozent Jugoslawen und 3,9 Prozent türkische Gastarbeiter. (we)

Finanzplan - wichtige Entscheidungshilfe

GR. Busta (SPÖ) nahm zum Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 1976 bis 1980 Stellung. Es handle sich dabei um keinen "Fünfjahresplan", da ja das Budget der Stadt Wien jährlich beschlossen werde. Er sei aber eine wichtige Entscheidungshilfe, aus der sich die Konsequenzen größerer Investitionen sowohl auf der Ein- als auch auf der Ausgabenseite ablesen lassen. Der Plan beruhe auf drei Grundlagen: Auf bereits gefaßten Beschlüssen, auf wirtschaftlichen Prognosen, sowie auf Annahmen von unbedingt notwendigen Ausgaben, die erst beschlossen werden müssen (z.B. Wohnbau und Personalaufwand).

Busta verwies auf die aktive Arbeitsmarktpolitik der Stadt Wien, deren Erfolg sich zum Beispiel an der hohen Zahl offener Stellen in Wien - mehr als ein Drittel der offenen Stellen im ganzen Bundesgebiet - ablesen lasse. Die öffentlichen Aufträge auf dem Bausektor hätten im zweiten Quartal 1975 in Wien um etwa zwölf Prozent zugenommen, während die privaten im gleichen Zeitraum um etwa 1,8 Prozent zurückgegangen seien. Abschließend erklärte Busta, daß seine Fraktion dem Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 1976 bis 1980 zustimmen werde, in dem ein Rahmen zu sehen sei, innerhalb dessen man mit Hilfe des Budgets agieren könne und solle. (ger)

Personal und allgemeine Verwaltung

In der Debatte zum ersten Hauptstück - Personal und allgemeine Verwaltung - begrüßte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) die Ankündigung, daß die Parteienverhandlungen über die Wiener Verfassungsreform mit Jahresbeginn verstärkt fortgesetzt werden sollen. Zu den Bestrebungen, den Bezirksvertretungen mehr Verfügungsrechte einzuräumen, brachte er den Antrag ein, die finanziellen Mittel für die Bezirke von 5 auf 10 Millionen zu erhöhen. Zur Personalsituation erklärte Hirnschall, die geringere Arbeitslosigkeit in Wien sei sicher darauf zurückzuführen, daß der öffentliche Dienst wieder attraktiv geworden ist. Tausende Dienstposten, die früher bei Post, Polizei und Gemeinde nicht besetzt werden konnten, sind nun ausgefüllt. Die Zahl der Bewerber ist bereits dreimal so groß wie jene der freien Stellen. Daraus ergibt sich die Frage, ob man für die Personalwerbung noch zwei Millionen - wie vorgesehen - ausgeben soll. Hingegen erscheint ihm der Betrag für Verbesserungs- und Rationalisierungsvorschläge zu gering. Hirnschall beantragte die Erhöhung dieser Geldmittel von 300.000 S auf 1 Million. Zur Besoldung im öffentlichen Dienst meinte der Redner, daß die Gehaltserhöhungen in den letzten drei Jahren hinter den Erhöhungen anderer Sparten zurückgeblieben sind. Das derzeitige Gehaltsabkommen sollte auf weitere zwei Jahre ausgedehnt werden, die Gehaltserhöhungen ab Juli sollten nach den Indexsteigerungen erfolgen, sozial Schwächere sollten jedoch besonders berücksichtigt werden, etwa durch Erhöhung der Haushaltszulage, die seit 1967 unverändert geblieben ist. Zu den Budgetansätzen für den Sport sagte Hirnschall, daß er bei der Förderung der Vereine kein System erkennen könne. Er stellte den Antrag, Richtlinien für eine möglichst objektive Sportförderung zu erarbeiten. Die Förderung für Vereine soll sich nach den aktiven Mitgliedern, den Veranstaltungen, der Erhaltung einer eigenen Sportanlage mit der Auflage, dies fremden Vereinen zu überlassen, sowie an der Zahl der betreuten Kinder und Jugendlichen richten. (smo)

GR. Brosch (SPÖ) beschäftigte sich mit den allgemeinen Verwaltungsaufgaben dieser Geschäftsgruppe. Er wies auf die Gefahr hin, daß die Tollwut auch nach Wien eingeschleppt werden könnte. Als Vorsichtsmaßregel sollten Haustiere, die auf Weihnachtsurlaub in andere Bundes-

länder mitgenommen werden, an der Leine gehalten und mit Maulkorb ausgestattet werden. Brosch würdigte die umfangreichen Verwaltungsarbeiten im Zusammenhang mit der neuen Lebensmittelkontrolle, dem neuen Buschenschankgesetz, der Vorbereitungen der Nationalratswahlen und des Volksbegehrens, dem Preisregelungsgesetz und den Änderungen im Gewerbe-recht. In der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle wurden im abgelaufenen Jahr mehr als 41.500 Nachweise ausgestellt. Bei den Standesämtern wurden mehr als 8.600 Eheschließungen vorgenommen, mehr als 14.000 Geburten und mehr als 22.000 Sterbefälle registriert. An neuen Gesetzen wird die Novelle zur Bauordnung voraussichtlich im kommenden Frühjahr beschlußreif sein, in Vorbereitung ist weiter ein Landesgesetz zur praktischen Anwendung des Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes. Eine der nächsten Arbeiten wird eine gesetzliche Regelung für Schwertransporte sein, die als "rollende Bomben" mit Benzin oder Chemikalien eine Gefahr darstellen. (smo)

Das Kapitel Sport sieht bei den baulichen Herstellungen und bei der Sportförderung nur die Förderung so großer Projekte wie der Stadthalle, des Wiener Stadions, des Hallenstadions und des Weststadions vor. Speziell werde vor allem der Fußball, und hier wiederum einseitig der Spitzenfußball, gefördert. Für den breiten Massensport wird dagegen zu wenig getan, kritisierte GR. Arthold (ÖVP).

Symptomatisch sei das Sterben vieler kleinerer Sportanlagen in Wien. Die Beseitigung wird noch dadurch erleichtert, daß viele Anlagen im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan nicht als Sportstätten genannt sind. Arthold stellte daher den Antrag, daß dem Landessportrat eine detaillierte Aufstellung sämtlicher Sportflächen und Sportanlagen zur Begutachtung vorgelegt werde, die in den Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen nicht ausdrücklich als "Sportstätten" genannt sind. Die vom Landessportrat aus dieser Aufstellung geforderten Umwidmungen in "Sportstätten" sind möglichs umgehend vorzunehmen.

Arthold verwies darauf, daß mit 1. September 1976 an Berufsschulen auf freiwilliger Basis ein Turnunterricht eingerichtet wird. Arthold fragte an, ob für diese erfreuliche Regelung bereits ausreichende organisatorische Vorkehrungen getroffen worden sind. (Sei)

GR. Ludwig (SPÖ) stellte fest, daß das Hallenstadion im Prater und das Stadion West auch im Budget 1976 Schwerpunktcharakter haben. Für das Hallenstadion, das 1977 fertig sein werde, sind 25 Millionen vorgesehen, 22 Millionen werden für den Bau des Weststadions bereitgestellt.

Die Sportförderung betreffe sowohl den Spitzensport wie auch

die zahlreichen kleinen Vereine, die ohne Förderung nicht lebensfähig wären. Darüber hinaus müßten in verschiedenen Aktionen (Sportplätze der offenen Tür, Mutter und Kind-Schwimmen etc.) jene Bevölkerungskreise angesprochen werden, die nicht Sportvereinen angehören.

An geplanten internationalen Veranstaltungen führte GR. Ludwig an: das Internationale Tennisturnier, die Weltmeisterschaft im Kegeln in der Donauparkhalle und den Weltcup der Amateurtänzer. Für 1977 seien die Eishockey-Weltmeisterschaft und die Radbahn- und Straßenmeisterschaft der Radfahrer vorgesehen.

Gegenwärtig werde an der Fertigstellung des Landesleitplanes für den Sportstellenbau gearbeitet. Nach Vorliegen dieses Plans wird dann das Sportstättenkonzept erstellt werden. (We)

GR. Prof. Zörner (ÖVP) kritisierte, daß im Voranschlag 1976 die Bedeckungssumme für die Teuerungs- und Endabrechnung nach Auslaufen des Gehaltsabkommens der öffentlich Bediensteten für die Jahre 1971 bis 1975 fehle. Die Gehälter der öffentlich Bediensteten seien seit 1966 in wesentlich geringerem Ausmaß gestiegen als die Löhne und Gehälter anderer Arbeiter. Zörner kritisierte, daß sich einzelne sozialistische Funktionäre in letzter Zeit in der Öffentlichkeit abfällig über den Beamtenstand geäußert hätten.

Der Redner wandte sich gegen die im Entwurf zu einem Personalvertretungsgesetz enthaltene Bestimmung, daß zur Einbringung eines Wahlvorschlages doppelt so viele Unterschriften nötig seien, als Mandate zu vergeben sind. Dies würde nämlich zum Beispiel bei hundert Wahlberechtigten acht Unterschriften erfordern, während bei Personalvertretungswahlen im Bereich des Bundes bei hundert Wahlberechtigten nur zwei Unterschriften zur Einbringung eines Wahlvorschlages nötig seien. Bei der im Entwurf vorgesehenen Regelung der Wahlrechtsausübung durch Stellvertreter im Fall der Verhinderung des Wahlberechtigten wäre der Manipulation Tür und Tor geöffnet.

Bezugnehmend auf die von der niederösterreichischen SPÖ geäußerte Kritik an der Personalpolitik des Landes Niederösterreich meinte Zörner, daß von den hundert höchsten Beamten der Stadt Wien kein einziger der ÖVP angehöre.

Abschließend kritisierte Zörner, daß im Pavillon für geistes- kranke Rechtsbrecher des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe unverhältnismäßig mehr Personal eingesetzt sei als in den Abteilungen für andere Geisteskranke. Diese offensichtliche Bevorzugung krimineller Geisteskranker widerspreche dem "gesunden Rechtsempfinden des Volkes".

Zörner erklärte, daß seine Fraktion dem Budgetkapitel Personal und allgemeine Verwaltung nicht zustimmen könne. (ger)

GR. Peska (SPÖ) berichtete, daß sich der Personalstand (10,5 Milliarden S) auf 41.882 Dienstposten erhöhen wird. Die Zahl der Pensionisten wird mit 18.500 um 230 geringer angenommen als im laufenden Jahr. Für die 15.196 aktiven Bediensteten der Stadtwerke ist der Aufwand mit 2,8 Milliarden veranschlagt. Die Übernahme der Pensionslasten der Stadtwerke durch die Hoheitsverwaltung mit 1,4 Milliarden wird von den Stadtwerken mit 522,6 Millionen ersetzt.

Der Redner wies dann darauf hin, daß für eine Reihe von Bediensteten Verbesserungen in den Verwendungsgruppen erfolgten. Aufstiegsmöglichkeiten wurden für die Fahrer und Autobuslenker geschaffen, die Bedienstetengruppe der Fürsorgeassistenten mit Reifeprüfung wurde eingeführt. Im Zuge der Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden wurden die verschiedensten Nebengebühren erhöht, so daß kein Lohnausfall entstand. Mit 1. Juli 1975 erfolgte die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Vertragsbediensteten um 11,8 Prozent und die Anhebung von Nebengebühren zusätzlich um 3,75 Prozent. Mit besonderer Freude kann jedoch die Schaffung eines verbilligten Mittagessens für die Bediensteten vermerkt werden: In der WÖK erhalten die Bediensteten verbilligte Menüs um 15 statt um 24 S und um 10 statt um 18,50 S. Die Differenz bezahlt die Stadt Wien. Der Redner würdigte die umfangreiche Arbeit der zuständigen Abteilungen mit der Steuerreform und der Neubemessung der Familienbeihilfen. Zum Besoldungsrecht konnten im Juni 1975 Grundsätze für ein neues Gehaltsabkommen erarbeitet werden. So zum Beispiel die solidarische Lohnpolitik, kein Reallohnverlust, volle Teuerungsabgeltung, Rücksichtnahme auf sozial Schwächere. Die Berechnungsgrundlage soll der Verbraucherpreisindex bleiben. Die nächste Gehaltserhöhung soll im Juli 1976 wirksam werden. (smo)

GR. Pöder (SPÖ) antwortete GR. Prof. Zörner (ÖVP). Er erinnerte, daß bereits am 17. Juni dieses Jahres die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten mit Vertretern der Gebietskörperschaften über ein neues Gehaltsabkommen verhandelt habe. Man habe dort zur Kenntnis genommen, auch die Fraktion christlicher Gewerkschafter, daß wegen der bevorstehenden Wahlen die Verhandlungen erst mit der künftigen Bundesregierung geführt werden sollten. Daher habe man weiter zur Kenntnis genommen, daß ein künftiges Ergebnis dieser Verhandlungen erst durch ein Budgetüberschreitungs-gesetz geregelt

werde. Das Gehaltsabkommen laufe mit Mitte 1976 ab, und bis dahin könnten nun die Verhandlungen in aller Ruhe geführt werden, erklärte Pöder.

Stadtrat Heller ging vor allem auf die Sportförderung der Stadt Wien ein. Vorwiegend wird versucht, einen möglichst großen Kreis der Bevölkerung für eine aktive sportliche Betätigung zu gewinnen. Daher stelle die Stadt Wien Sportanlagen wie Turnsäle, Bäder oder die Anlagen der Stadthalle der Bevölkerung kostenlos zur Verfügung. Vielleicht würden die Hallensportarten besonders gefördert und es kämen Sportarten, die im Freien ausgeübt werden, etwas zu kurz, räumte der Stadtrat ein.

Heller bedauerte die Absiedlung verschiedener Sportplätze. Jedoch ist ein neues Sportplatzschutzgesetz bereits im Entwurf fertig und wird in naher Zukunft dem Gemeinderat vorgelegt.

Heller kritisierte, daß Dinge, die im Landessportrat kollegial erörtert werden, im Gemeinderat zu Kontroversen hochgespielt werden. So das angebliche Problem Hallenstadion, bei dem es nie darum ging, nach Fertigstellung einen Bedarf zu suchen, sondern nur darum, wie es bestens rund um die Uhr ausgenützt werden könnte. (sei)

Wirtschaftsdebatte

Mit der Situation der kleinen Geschäftsleute und Gewerbebetriebe in Wien beschäftigte sich GR. Dr. Ebert (ÖVP). Er stellte fest, daß die Preisentwicklung auf dem Lebensmittelsektor - bedingt durch starke Konkurrenz - voñl den Erwartungen entsprochen habe. Großes Unrecht wurde jedoch den kleinen Firmen zugefügt, als kurzfristig Obst und Gemüse durch Importe teurer wurden, was nicht Schuld der Geschäftsleute war.

Als echter Preisregulator seien die Wiener Märkte anzusehen. Das habe sich auch bei dem von der Konsumenten-Interessensvertretung durchgeführten Apfeltest bestätigt. In diesem Zusammenhang sei es interessant, daß die Obstpreise im Konsum zeitweise höher waren als bei privaten Firmen.

Erhebungen des WIST über die Existenzgrundlagen des Lebensmittel-Einzelhandels hätten ergeben, daß das Einkommen vieler kleiner Geschäftsleute unter 100.000 Schilling pro Jahr liege. Dabei arbeiteten diese Geschäftsleute 60 bis 70 Wochenstunden.

In Wien sei die Zahl der Lebensmittelgeschäfte von 1965 bis 1974 von rund 8.000 auf unter 5.000 zurückgegangen, abgenommen hätte auch die Zahl der Drogerien und Elektrogeschäfte. Es dürfe nicht übersehen werden, daß gerade diese Geschäfte für jene Bevölkerungskreise lebenswichtig seien, die über kein Fahrzeug verfügen, um in einem entfernt gelegenen Supermarkt einkaufen zu können. Der Einkauf von größeren Mengen von Lebensmitteln und Wirtschaftsartikeln belaste außerdem sehr stark das Familienbudget. In den USA zeige sich bereits eine Abkehr von den Großmärkten auf der grünen Wiese, von denen bis zu einem Drittel Pleite machen.

Abschließend kritisierte Ebert die Kreditaktion der Stadtverwaltung zur Förderung von Hotelneubauten. Die geforderte Errichtung von 3.000 Betten sei angesichts der gegenwärtigen Situation des Wiener Fremdenverkehrs keineswegs erwünscht, da bereits jetzt A-Hotels gezwungen wären, aus Gästemangel Zimmer zu einem Drittel der gerechtfertigten Preise zu vermieten. (We)

Stadtrat Mayr (SPÖ) erklärte, daß es sich bei der vom Vorredner kritisierten Förderung von Hotels um die vom Gemeinderat vor längerer Zeit einstimmig beschlossene Hotelaktion handelt. Zwei Hotels wurden gefördert, die Quote von 3.000 Betten sei aber noch nicht erreicht, und es sei an keine Veränderung der Hotelaktion gedacht.

Zum Problem des Lebensmitteleinzelhandels stellte Mayr fest, daß im Bereich der Nahversorgung eine Strukturveränderung notwendig sei. Die derzeitige Struktur sei sowohl aus Altersgründen als auch wegen der zum Teil zu geringen Geschäftsgröße auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Der Kleinstbetrieb ohne Angestellte auf einer Geschäftsfläche von Wohnzimmergröße werde es in Zukunft immer schwerer haben. Nostalgie sei in diesem Zusammenhang unangebracht, dem Nahversorgungssektor müsse ein Strukturwandel ermöglicht werden, wobei die wirtschaftlichen Gesichtspunkte im Vordergrund stehen müßten. Auch der Lebensmitteleinzelhändler arbeite nicht für die Interessen der Wiener, sondern für seine eigenen, und betrachte sein Geschäft als Unternehmen und nicht als soziales Kommunikationszentrum. Regionale Zentren, wie etwa das neue "Donauzentrum", seien eine der Lösungsmöglichkeiten des Nahversorgungsproblems. Die beste Lösung aber sei die Einrichtung von Geschäftslokalen in den Parterreräumlichkeiten von Neubauten. Diese Methode sei außerdem auch für das Stadtbild am vorteilhaftesten.

Zur Vergabe von Baurechtsgründen an Unternehmungen erklärte Mayr, daß eine solche mit einem Vorkaufsrecht für das betreffende Grundstück gekoppelt werden könnte. (Ger)

Kulturdebatte

Als erster Debattenredner zum dritten Hauptstück - Kultur, Jugend und Bildung - kritisierte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) die Haltung der Schulbehörden im Falle einiger Lehrer an Bundesschulen als intolerant. Er führte im besonderen die Affäre der Lehrerin Kessler und von Prof. Gams an, die in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit Debatten ausgelöst hatten. In einem anderen Falle ist einer Lehrerin mit der Kündigung gedroht worden, weil sie einem Schüler ein Referat über ein Sexualthema gestattet hatte, gleichzeitig werden in einem sexualkundlichen Basiswerk für Volksschullehrer in fragwürdiger Weise Sexualthemen behandelt. Die Erziehung der Jugend zu Eigenverantwortlichkeit sei in Frage gestellt, wenn ein solcher Geist und solche Zustände in einer schwarz-roten Schulverwaltung herrschen. Zu den Budgetansätzen bleibt die bisherige FPÖ-Kritik voll aufrecht, da sich gegenüber dem Vorjahr im Prozentsatz für den gesamten Bildungsbereich nichts geändert hat. Die FPÖ wird daher diesem Kapitel nicht zustimmen.

Im Voranschlag 1976 ist die Förderung von Wissenschaft, Kunst und Volksbildung nicht überschaubar, es werden nur Globalziffern genannt, kritisierte GR. Erika Danzinger (ÖVP). Sie verlangte bei den Subventionen das Abgehen vom bisherigen Gießkannenprinzip. In den vergangenen Jahren sind vom Kulturamt rund 7.000 Bilder und Kleinplastiken gekauft worden - ein ungeheurer Schatz, der nur selten präsentiert wird. Sie stellte daher den Antrag, den Fundus zu sichten. Entbehrliche Objekte sollten in Verkaufsausstellungen unter Mitwirkung von Wiener Galerien veräußert werden. Der Erlös soll zur Förderung junger Künstler verwendet werden. In zwei weiteren Anträgen werde die Gewährung von Bildungszulagen für Bibliothekare und Kindergärtnerinnen verlangt - damit würde den literarischen Bestrebungen bzw. der kulturellen Erziehungstätigkeit im Kindergarten ein Dienst erwiesen.

GR. Danzinger verlangte eine bessere Koordinierung zwischen der Geschäftsgruppe III und der Geschäftsgruppe VII, da ein für heuer geplanter Kindergarten in der Linzer Straße nicht gebaut werden konnte, weil das Grundstück nicht rechtzeitig freigemacht wurde.

Abschließend kritisierte die Rednerin Lampenmasten, Kandelaber und Abfallkörbe etwa in der Kärntner Straße - das Kulturamt sollte sich um diese "kleinen Dinge" kümmern und Wettbewerbe zur Findung besserer Formen veranstalten. (smo)

Wiens Heime sind zu groß. Allmählich müßte nach dem Vorbild des Therapieheims "Am Werd" von Großheimen zu kleineren Einheiten übergegangen werden. Dies forderte GR. Maria Flemming (ÖVP). So sei auch die sicherlich begrüßenswerte "Stadt des Kindes" zu groß geraten. In einem Heim für 250 Kinder kann moderne Erziehung nicht vermittelt werden. Durch die Größe der "Stadt des Kindes" komme die ursprünglich gute Idee in der Praxis nicht durch. Neben kleineren Heimen sollen in offen geführten therapeutischen Wohngemeinschaften die Jugendlichen zu selbständigen, kontaktfreudigen Menschen heranwachsen. (sei)

GR. Johanna Dohnal (SPÖ) charakterisierte die Familienpolitik der Stadt Wien als überaus erfolgreich. 58 Mütterberatungsstellen stehen zur Verfügung, darüber hinaus sollte der Besuch einer Elternschule - wovon 15 bestehen - zur Selbstverständlichkeit werden.

Durch gesetzliche Grundlage ist es seit 1. Juli 1975 möglich, daß die Mutter Vormund eines unehelichen Kindes wird. Viele Mütter machten von dieser Möglichkeit aber keinen Gebrauch, da sie bei der Einbringung der Alimente vom Kindesvater Schwierigkeiten erwarten. Diese Angst sei jedoch unbegründet, die Alimentierung geht weiter über das Jugendamt.

Eine wesentliche Erziehungshilfe stellen die Kindergärten und Horte dar. 1974 standen für die 3-bis 6jährigen 50.500 Plätze zur Verfügung, wodurch 62 Prozent aller Kinder erfaßt werden konnten. Jetzt sind es bereits 66 Prozent. Drei Kindergärten sind derzeit in Bau, sechs weitere in Planung.

Das Ziel der Stadtverwaltung, für 80 Prozent aller 5-bis 6jährigen Plätze in Kindertagesheimen bereitzustellen, wird bereits 1977 erreicht sein.

Besondere Bedeutung kommt dem Ausbau der Sonderkindergärten zu. 1976 wird ein derartiger Sonderkindergarten im Süden Wiens geschaffen, der 5 Gruppen umfassen soll.

Zur besseren und individuelleren Betreuung in den Kindergärten müsse die Zahl der Kinder in den Gruppen auf höchstens 25 verringert werden. Die Rednerin brachte diesbezüglich einen Antrag ein, der

Magistrat möge Maßnahmen prüfen, die Kinderzahl der Gruppen schrittweise zu verringern.

Den Modellversuch "Tagesmütter" bezeichnete GR. Johanna Dohnal als erfolgreich. Die Zahl der Tagesmütter werde daher auf zehn erhöht, ab 1. Jänner 1976 werde auch die ÖVP-Frauenbewegung mitarbeiten.

Wenn Eltern ihre Pflichten vernachlässigen, müsse die Stadt Wien die Erziehung der gefährdeten Kinder übernehmen. Man sei jedoch dazu übergegangen, die Heimeinweisungen einzuschränken. Wurden 1964 noch 6,63 Prozent der Jugendlichen in Fürsorgeerziehung eingewiesen, belief sich diese Zahl 1974 auf nur 1,89 Prozent. Auch in den Heimen werde eine Verkleinerung der Gruppen angestrebt.

Vorbeugend zu wirken sei die Aufgabe der Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen. Erwünscht sei der Ausbau der Jugendzentren, von denen es bereits neun gibt; sieben weitere befinden sich im Bau oder sind geplant.

Abschließend wandte sich die Rednerin gegen eine im Rahmen einer ÖVP-Pressefahrt gefallenen Behauptung, in der Großfeld-Siedlung seien 80 Prozent der Jugendlichen polizeibekannt. In Wirklichkeit liege die Jugendkriminalität in diesem Stadtteil unter dem allgemeinen Durchschnitt, der 3,8 Prozent beträgt.

Anschließend meldete sich GR. Dr. Marlies Flemming (ÖVP) zu einer Berichtigung zu Wort. Sie wandte sich gegen eine von GR. Johanna Dohnal in ihrem Debattenbeitrag geäußerte Meinung hinsichtlich ihrer Einstellung zu Sozialfragen. Einzige Motivation ihres gesamten politischen Handelns sei das Bestreben, jenen Menschen zu helfen, denen es sozial schlechter gehe, sagte Frau Dr. Fleming. (We)

GR. Prochaska (ÖVP) meinte, die aus einer Artikelserie einer Österreichischen Tageszeitung herauszulesende latente Kinder- und Jugendfeindlichkeit breiter Bevölkerungskreise zeige die Notwendigkeit rascher Aktivitäten der Stadtverwaltung auf. Die psychischen Zivilisationsschäden von Großstadtkindern beruhen nicht zuletzt auf einer Naturentfremdung in den Ballungsräumen. Den Kindern müßten mehr Bewegungsspielräume zur Verfügung gestellt werden. Wichtig sei vor allem die Schaffung von wohnungsnahen Hofspielplätzen und Spielstraßen. Letztere bedürfen einer raschen Absicherung durch die Straßenverkehrsordnung.

Auch die Grünflächen von Bädern sollten über die Sommersaison hinaus zugänglich sein. Die dafür notwendigen Mehraufwendungen würden durch den zu erwartenden Erfolg gerechtfertigt werden.

Die Aktivitäten von Landesjugendreferat und Wiener Jugendkreis beurteilte Prochaska grundsätzlich positiv, vor allem das Ferienspiel sei eine hervorragende Einrichtung. Prochaska übte jedoch Kritik an der seiner Meinung nach noch immer einseitigen Referentenliste der Jugendleiterschule sowie an den Schwierigkeiten, welche man ÖVP-nahen Referenten bereite, ferner an der nicht immer gerechten Verteilung der für Jugendorganisationen zur Verfügung stehenden Subventionsmittel sowie an der geplanten Zusammensetzung des Landesjugendrates, in dem zum Beispiel die konfessionellen Verbände unterrepräsentiert wären.

GR. Dr. Macher (ÖVP) nahm zum Problemkreis Altstadterhaltung Stellung und kritisierte, daß 28 Prozent der Mittel aus dem Kulturschilling für andere Zwecke als für Altstadterhaltung verwendet werden. Er kritisierte weiter, daß Vizebürgermeisterin Fröhlich-Sandner in letzter Zeit keine Aussagen über die Altstadterhaltung gemacht habe, obwohl das Kulturamt doch zu ihrer Geschäftsgruppe gehöre. Auch die Kompetenzschwierigkeiten zwischen den Geschäftsgruppen III und V zeigen, daß der Ernst dieser Angelegenheit von der Stadtverwaltung nicht voll erkannt worden sei. Etwa das Projekt der Revitalisierung der Freyung bedürfe grundsätzlicher Überlegungen. Doch habe man seit der vor einem Jahr erfolgten Vorstellung dieses Projektes durch Bürgermeister Gratz und Wissenschaftsminister Firnberg keinerlei Fortschritte erzielt. Zur Gestaltung des Karlsplatzes und des Stephansplatzes habe das Kulturamt entgegen seiner Verpflichtung keine Stellung genommen. Das Kulturamt sollte Entscheidungshilfen in der Stadt- und Ortsbildfrage liefern, dazu bedürfe es jedoch fachmännischen Managements. Die derzeitige Organisation des Kulturamtes sei dazu nicht imstande. (ger)

Der Budgetansatz von mehr als 3 Milliarden beweist, daß Wien eine schul- und bildungsfreundliche Stadt ist, erklärte GR. Gawlik (SPÖ). Es wird mehr Geld aufgewendet als im Vorjahr - um 167 Millionen mehr auf dem Personalsektor, um 27 Millionen mehr auf dem Bausektor, um 22 Millionen mehr für den Sachaufwand. Die Schulpolitik muß jedoch die Situation berücksichtigen, daß sich die hohen Schülerzahlen nunmehr von den Volksschulen auf die ~~Haupt~~ Hauptschulen und auf die Berufsschulen verlagern.

Ausführlich setzte sich der Redner mit den Schulversuchen auseinander. Er kündigte für das kommende Jahr an, daß alle Kinder, die für Vorschulklassen in Frage kommen, in den geplanten 83 Vorschulklassen unterkommen werden. An den Gesamtschulen, von denen es derzeit elf gibt, wird oft unsachliche Kritik geübt. Die Gesamtschule wird gleichgesetzt mit Gleichmacherei und gleichgesetzt mit Senkung des Bildungsniveaus. Das Gegenteil beweisen die bisherigen Erfahrungen: Während in den Hauptschulen die Repetentenquote 2,5 Prozent beträgt, ist sie in den Gesamtschulen auf 0,7 gesunken. Das Ziel der Gesamtschule ist: Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus, die optimale Entfaltung der Fähigkeiten, die Förderung der Unterbegabten - und somit die Schaffung der gleichen Startbedingungen. Es wird sieben Ganztagschulen geben, um zwei mehr als bisher. Kritiker meinen, daß mit diesem Schultyp - der in westlichen Ländern bereits lange üblich ist - das Kind der Familie entfremdet wird. Halbinternate gibt es aber auch bei uns schon lange und die hat nie jemand als familienfeindlich bezeichnet.

Besondere Anstrengungen werden in den nächsten fünfzehn Jahren im Berufsschulwesen erforderlich sein. Von 18.000 Berufsschülern im Schuljahr 1969/70 stieg die Schülerzahl auf 28.000 im heutigen Schuljahr. Sie wird bis 1983/84 auf 34.000 steigen und erst wieder 1989/90 auf den heutigen Stand sinken. Sowohl die Zahl der Klassen muß vermehrt werden als auch die der Lehrerposten. 1976 werden zwei Berufsschulgebäude modernisiert, ferner wird mit einem Erweiterungsbau für 40 Klassen begonnen. Ziel ist die Errichtung einer Zentralberufsschule für kaufmännische Berufe. Schließlich wird es notwendig sein, die Lehrberufe attraktiver zu machen, die Lehrlingshaltung zu fördern und zwischenberufliche Ausbildungsstätten zu schaffen. (smo)

Der Bund benachteiligt Wien seit 1970 auch in Kulturangelegenheiten, sagte GR. Bittner (ÖVP). Er nannte als Beispiele für die Benachteiligung die Wiener Symphoniker und die Wiener Festwochen. War es lange Zeit üblich, daß die Mittel für die Wiener Symphoniker ungefähr im Verhältnis 2 zu 1 aufgebracht wurden, zahlt der Bund nun Jahr für Jahr nur mehr den gleichen Geldbetrag. Ebenso enthält der Bund bei den Wiener Festwochen der Stadt Wien Mittel vor, erklärte Bittner. So stiegen die Ausgaben des Bundes für die Bregenzer Festspiele seit 1970 um 84 Prozent, für Salzburg um 66 Prozent, für Burgenland um 53 Prozent, für die Wiener Festwochen jedoch nur um 26 Prozent.

Im gleichen Zeitraum hat die Stadt Wien ihre Ausgaben für die Festwochen um 100 Prozent erhöht.

GR. Bittner verwies auf die kritische Situation bei den Jugendherbergen und Jugendgästehäusern der Stadt Wien. Pötzleinsdorf ist in einem sehr schlechten Zustand, und das Jugendgästehaus Hütteldorf ist wegen der starken Inanspruchnahme bereits abgewohnt und müßte gründlich renoviert werden. Für eine dringend notwendige neue Landesjugendherberge forderte Bittner einen zentral gelegenen Standort mit gutem Verkehrsanschluß. Ebenso sollte die architektonische Gestaltung internationale Erfahrungen berücksichtigen. Bittner bedauerte, daß die Diskussion um die Ganztagschulen und die Tagesmütter so emotionsgeladen und mit viel Ideologie geführt wird. Dabei sollten Sachfragen, wie der Bedarf und pädagogische Erfordernisse im Vordergrund stehen. (Sei)

GR. Hermine Fiala (SPÖ) gab einen Überblick über die kulturellen Aktivitäten des Jahres 1975. An Stipendien erhielten die Akademie der Wissenschaften und die Boltzmann-Gesellschaft 24 Millionen Schilling, 4 Millionen wurden für den Ankauf von Kunstwerken verwendet. Wissenschaftliche Arbeiten erfuhren eine Förderung von 600.000 S, 300.000 S erhielten Künstler als Arbeitsstipendium, 350.000 S wurden an Jungfilmer vergeben.

Der Umbau des Konservatoriums der Stadt Wien konnte abgeschlossen werden. Geplant sind 70 Solisten- und Ensembledarbietungen.

Die Modeschule der Stadt Wien in Hetzendorf verzeichnete 7.000 Besucher bei ihrer Jahresausstellung.

Das Theater an der Wien wird 1976 zwei Jubiläen feiern: das seines 175jährigen Bestandes und die 10jährige Direktion Kutschera.

Das Historische Museum der Stadt Wien konnte durch Sonderausstellungen seine jährliche Besucherzahl von 45.000 auf 75.000 steigern.

Der Kulturmarkt wird auch 1976 in modifizierter Form auf dem Rathausplatz stattfinden.

Im Zuge der Altstadterhaltung wurden 28 Schutzzonen flächenmäßig ausgewiesen, an weiteren wird gearbeitet. (We)

Vpkm. Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) bekannte sich dazu, daß es in der Bildungs- und Schulpolitik nichts Festgefahrenes und keine Endlösung gebe. In den Wiener Schulen gebe es viele Lehrerinnen und Lehrer, die engagiert tätig sind. Die Lehrerschaft ist durch keine Erlässe oder parteipolitische Gesichtspunkte behindert.

Mit Nachdruck wies Frau Fröhlich-Sandner die Kritik an der Organisation ihres Ressorts zurück. So habe die Stadtbildpflege das Wachsen des Budgets von drei Millionen auf 61 Millionen S jährlich und der Zahl der Baustellen von zehn auf 200 reibungslos verkraftet, was ein eindeutiger Beweis für ein funktionierendes Management sei.

Den Rednern der Opposition warf VBgm. Fröhlich-Sandner vor, daß sie sich zu wenig informiert hätten. Am Beispiel Revitalisierung der Altstadt: Allein für die Renovierung des Alten Rathauses wurden 25 Millionen aufgewendet. Auf der Freyung gehören zwei Gebäude einer Bank, eines bereits der Gesiba. An diesem einen Gebäude wird die Stadt beweisen, daß nicht nur von Altstadtrevitalisierung geredet, sondern daß wirklich gearbeitet wird.

Wenn die Opposition von einem Nachholbedarf bei der Schaffung von Kindergartenplätzen spreche, so müsse sie angesichts der Tatsache, daß Wien in Österreich weit an der Spitze stehe, offenbar andere Bundesländer meinen.

VBgm. Fröhlich-Sandner meinte schließlich, daß sie die ÖVP-Mitglieder des Kulturausschusses bedaure. Von 560 Tagesordnungspunkten in diesem Ausschuss habe die ÖVP nur acht abgelehnt, bei zahlreichen Besuchen in Einrichtungen der Stadt sei von der ÖVP keine Kritik geübt worden. Das vorliegende Budget ermögliche die Fortsetzung der bisherigen Arbeit. Die Ablehnung dieses Budgets durch die ÖVP sei also eine Ablehnung der Tätigkeit der ÖVP-Ausschussmitglieder.

Zur Subventionierung der Festwochen und der Symphoniker durch den Bund erklärte VBgm. Fröhlich-Sandner, daß sie darüber nicht ganz glücklich sei, aber dem stünden gewaltige Bemühungen des Nachholens gegenüber - etwa im Schulbau, bei den Schulversuchen und bei der Unterstützung von Theatern und Ausstellungen. Damit beweise der sozialistische Unterrichtsminister, daß er bereit sei, auch Wien entsprechend zu unterstützen.

Nach diesem Debattenbeitrag wurde die Sitzung unterbrochen. Mittwoch um 9 Uhr findet eine Sitzung des Wiener Landtages statt, anschließend wird die Budgetdebatte des Gemeinderates fortgesetzt.

(sti)

Ende des Sitzungsberichtes